

2008-06-24

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.11.2007

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:20 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

**Stadtsporbund Dessau e.V.**

Wittke, Bernhard

Unentschuldigt

**Fraktion der SPD**

Ledwa, Konrad

**Ausländerbeauftragter**

Schwierz, Andreas

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Hoffmann** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird mit 14 Stimmen festgestellt.

Als neue anwesende Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder, werden **Frau Scheffler**, **Frau Böckel** und **Frau Gernoth** auf ihre Amtspflichten verpflichtet.

**Herr Trocha** beantragt die Aufnahme der Informationsvorlage vom Stadtplanungsamt zur Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ als zusätzlichen Tagesordnungspunkt.

**Frau Noack** möchte auf Grund der fehlenden Darstellung der Personalkosten, die nach der Übertragung der Einrichtungen eingesparrt werden, den TOP zum Haushalt zurückstellen lassen.

**Frau Förster** informiert, dass eine Darstellung erst erfolgen kann, wenn die Übertragung abgeschlossen ist, wobei Sie darauf aufmerksam macht, dass dafür eine Überprüfung zu den verbleibenden Aufgaben notwendig ist. Die Zuständigkeit liegt hier beim Haupt- und Personalamt und nicht beim Jugendamt.

**Herr Geier** möchte wissen, warum der Tagesordnungspunkt 8 nichtöffentlich ist?

Hierzu informiert **Frau Förster**, dass das auf Wunsch des Vorsitzenden des JHA, Herrn Ledwa, aus der letzten JHA-Sitzung vom 9.10.2007 resultiert.

**Herr Geier** beantragt die Aufhebung der Nichtöffentlichkeit.

**Herr Hoffmann** bittet um Abstimmung:

Die Tagesordnung wird mit Aufhebung der Nichtöffentlichkeit bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: 13/0/1**

## **2. Genehmigung der Niederschrift vom 9.10.2007**

Die Niederschrift wird bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: 12/0/2**

## **3. Informationen durch Herrn Andersch zum Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz der Stadt Dessau-Roßlau**

Dazu **Herr Hoffmann** begrüßt Herrn Andersch vom Alternativen Jugendzentrum und bittet ihn um seine Ausführungen.

**Herr Andersch** erläutert dazu, dass die Stadt Dessau-Roßlau jüngst in einem Auswahlverfahren den Zuschlag, im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ eines Lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz (LAP) bekommen hat. Damit stehen der Kommune für die kommenden 3 Jahre jährlich Mittel in Höhe bis zu 100.000 Euro zur Verfügung, die zur Förderung von Projekten an Vereine, Initiativen und andere Träger vergeben werden können.

Das Leitbild des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz(LAP) der Stadt Dessau-Roßlau ist durch die langfristige und nachhaltige Etablierung von verbindlichen Strategien zur Demokratieentwicklung vor Ort gekennzeichnet. Das heißt, Demokratie nicht nur als politische Staatsform zu vermitteln, sondern sie als Erlebnis- und Lebenswelt weiter zu entwickeln. Dies bietet zugleich die Möglichkeit, die gemein hin als weiche Standortfaktoren bezeichneten strukturellen Bedingungen der Kommune aufzuwerten und einen Beitrag dazu zu leisten, dass der Kultur- und Wirtschaftsstandort Dessau-Roßlau noch attraktiver wird.

Der Lokale Aktionsplan Dessau-Roßlau strebt die Dominanz einer weltoffenen und toleranten Kultur an. Dabei begreift sich der Aktionsplan als eine positiv besetzte zivilgesellschaftliche Bewegung mit der es gelingen kann, ganz gezielt vor Ort zu intervenieren, bestehende Defizite als solche zu erkennen und lokale Handlungsstrategien zu entwickeln. Es geht im Kern darum, der Zivilgesellschaft, der Kommunalpolitik, der Wirtschaft, der Verwaltung und den Behörden geeignete Mittel und Methoden und die da-

zugehörigen inhaltlichen Grundlagen an die Hand zu geben, um eine langfristig angelegte Sensibilisierung für ein demokratisches und tolerantes Miteinander zu etablieren.

Da hier keine weiteren Fragen seitens der Mitglieder gestellt werden, bedankt sich **Herr Hoffmann** für die Ausführungen.

#### **4. Auswertung und Vorstellung der 1. Kinderstadt „Dessopolis“ 2007 durch den Verein punkt e. V., Herrn Bergt**

**Herr Hoffmann** begrüßt dazu Herrn Bergt vom punkt e.V.

Dieser informiert, dass vom 19. bis 25. Juli in Dessau die erste Modellstadt von Kindern für Kinder auf dem Gelände „Am Lustgarten“ entstanden ist.

Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 14 Jahren konnten in der Kinderstadt spielerisch gesellschaftliche Zusammenhänge erfahren, sich in verschiedenen Berufen ausprobieren und die ganze Stadt in Eigenregie gestalten und organisieren. Dieses spielerische Konzept zeigte den Kindern Demokratie zum Anfassen.

Es ist das erste Mal, dass ein derartiges Projekt in Dessau umgesetzt wurde. Die mitwirkenden Kinder, Betreuer und Besucher von Dessopolis haben eine Woche lang mit dem Konzept „Stadt“ spielen, es im wahrsten Sinne des Wortes „erfahren“ und viel dazugelernt.

Mit dem Dessauer Oberbürgermeister Klemens Koschig, einem Vertreter des Ministeriums sowie dem Jugendamt der Stadt Dessau standen namhafte politische Akteure für das Projekt ein.

Vertreter wirtschaftlichen Unternehmen sowie sozialer Verbände haben sich mit eingebracht, besonders unterstützt wurde das Projekt durch die Stiftung Evangelische Jugendhilfe, dem Projekt Tradition und Zukunft, sowie der Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Für das Jahr 2008 ist ein neues Projekt „Dessopolis“ geplant und man hofft wieder auf zahlreiche tatkräftige Unterstützung.

Da keine weiteren Fragen anstehen, bedankt sich **Herr Hoffmann** bei Herrn Bergt für seine Ausführungen.

#### **5. Informationsvorlage "Information zur Fördermaßnahme Soziale Stadt-Wohngebiet Zoberberg"**

**Herr Schmidt** vom Stadtplanungsamt erläutert die Vorlage und gibt zur Kenntnis, dass für das Förderprogramm „Soziale Stadt“ für die Zukunft keine finanzielle Unterstützung mehr durch das Land erfolgen wird. Wichtig ist, dass das Stadtteilmanagement, wenn auch mit geringerem Personal- und Zeitaufwand, fortgeführt wird. Weiterhin ist es unverzichtbar für die Bevölkerung des Wohngebietes, dass die Freizeitangebote durch den Jugendklub und die Freizeiteinrichtung „Baustein“ unbedingt aufrechterhalten bleiben.

**Frau Perl** fragt nach, ob das Förderprogramm des Landes „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ bekannt ist, wenn ja warum man diese Förderung dann nicht nutzt.

**Frau Förster:** Dazu ist nichts bekannt, wir werden uns erkundigen.

**Frau Theune** erklärt, dass es sich hier um Projekte bis 10.000 Euro ohne Eigenanteil, speziell für Gebiete zur Förderung Sozialer Stadt handelt.

Da keine weiteren Fragen anstehen, wird die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen.

## **6. Beschlussvorlagen**

### **6.1. Haushaltskonsolidierung 4037 - Urbanistisches Bildungswerk e. V. Kinderfreizeiteinrichtung "Baustein" Vorlage: DR/BV/289/2007/**

**Frau Theune** informiert, dass der Unterausschuss in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, die Betreuung der Freizeiteinrichtung „Baustein“ weiterzuführen und dem Haushaltskonsolidierungsvorschlag der Schließung nicht zuzustimmen. Eine Notwendigkeit des Erhaltes der Einrichtung ergibt sich schon daraus, weil es keine Alternativen für die Kinder in diesem Gebiet gibt und mit dem Urbanistischen Bildungswerk ein langjähriger Träger hier sehr fachliche Arbeit leistet. Die Überprüfung im Rahmen der Bedarfsplanung ergab, dass der Bedarf vorhanden und somit der Ausschuss die Weiterbetreuung der Einrichtung festgestellt hat.

**Frau Heinrich** ergänzt, im Konsolidierungsvorschlag wurde erwähnt, dass die Grundschule „Am Zoberberg“ als Ganztagschule geplant war, aber soweit ihr bekannt, dies nun doch nicht zutrifft. Somit gibt es keine Alternative für die Freizeitangebote.

Da keine weiteren Fragen anstehen, bittet Herr Hoffmann um Abstimmung.

**Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss nach ausführlicher Beratung, dem Haushaltskonsolidierungskonzept Nr. 4037, Schließung der Kinderfreizeiteinrichtung „Baustein“ im Stadtteil Zoberberg nicht zuzustimmen.**

**Abstimmungsergebnis: 14/0/0**

### **6.2. Entwurf des Jugendamtes zum Haushalt 2008 Vorlage: DR/BV/288/2007/**

**Frau Theune** erläutert, dass in der Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 6.11.2007, nach langwieriger Diskussion durch die Mitglieder beschlossen wurde, die Fahrten und Freizeiten der Roßlauer Träger nicht zu fördern. Dabei war Grundlage der frühere Beschluss des JHA keine Fahrten und Freizeiten zu fördern, sondern die Mittel zunächst zur Sicherung der Einrichtungen zu verwenden.

Damit sind:

- DRK Jugendrotkreuz, 12 Maßnahmen im Rahmen der Jugendverbandsarbeit
- punkt e.V. – Kooltour, Naturgartenseminar und Leben wie im Mittelalter
- Lebenshilfe Integrationsveranstaltung
- gesamte Maßnahmen aus dem Stadtteil Roßlau, da es sich ausschließlich um Fahrten handelt, nicht zugestimmt worden.

Somit empfiehlt der Unterausschuss dem JHA dem angemeldeten Ansatz des Jugendamtes nicht zu folgen und den verminderten Ansatz des UA zu beschließen.

**Frau Gernoth** möchte wissen, ob die Beschlussvorlage vor der Fusion bestätigt wurde? Müsste auf Grund der Fusion ein neuer Beschluss gefasst werden?

**Frau Falkensteiner** fragt, ob mit den Roßlauer Trägern darüber überhaupt gesprochen wurde?

**Frau Hecht** erklärt, dass die Träger zur Antragstellung schriftlich aufgefordert wurden, ihnen stand aber frei die im Rahmen der Richtlinie auch Anträge zu Fahrten und Freizeiten zu stellen. In Roßlau wurden Fahrten und Freizeiten gefördert, welche auch bis 01.06.2007 weiterhin beantragt wurden, in der Hoffnung einer positiven Entscheidung im Ausschuss. Die Roßlauer Vereine wurden bei der persönlichen Abgabe ihrer Anträge im Jugendamt darauf hingewiesen, dass die Stadt Dessau seit 2003 keine Fahrten und Freizeiten mehr fördert.

**Frau Sauermilch** teilt mit, dass es eine schwere Entscheidung für die Mitglieder des Unterausschusses gewesen ist. Es ist bekannt, dass der Haushaltsplan knapp bemessen ist und mit 2,5 Millionen Minus für das Jugendamt bemessen ist. Wir haben sehr verantwortungsvoll und ausführlich diskutiert und haben uns eben für den Fortbestand von „Baustein“ und gegen die Projekte entschieden. Wenn es denn diese Festlegung der Nichtförderung von Fahrten und Freizeiten gibt, dann muss eine Gleichbehandlung aller Vereine erfolgen. Es bestehen bestimmt auch Möglichkeiten über die Ortschaftsräte den Vereinen unter die Arme zu greifen, wenn die Förderung nicht erfolgt.

**Herr Trocha** schließt sich dieser Meinung an.

**Herr Geier** fragt wiederholt nach der Geschwisterermäßigung, dem hohen Zuschuss für die Anhaltische Diakonissenanstalt und der Einrichtung „Pustebume“.

Zum Zuschuss, gibt **Frau Selle** ausführliche Erläuterungen.

**Frau Förster** informiert bezüglich des Haushaltes zur Einrichtung „Pustebume“.

**Herr Geier** fragt inwieweit bestehen Einflussmöglichkeiten des Ausschusses zur Verwaltung, dass die Maßnahmen auf eine realisierbare Prioritätenliste kommen? D.h. wie geht es jetzt weiter mit dieser Vorlage?

**Frau Förster:** teilt mit, dass mit Beschluss des JHA, der Haushalt an die Kämmerei eingereicht wird.

**Herr Trocha** fragt, wer die Rangfolge in der Tabelle Mittelfristige Investitionsplanung festgelegt hat?

**Frau Förster:** Die Verwaltung hat die Vorschläge eingebracht.

**Frau Böckel** möchte wissen, ob es bestimmte Kriterien für die Rangfolge gibt.

**Frau Selle** erklärt, dass zum einem die mittelfristige Finanzplanung, welche für einen Zeitraum von fünf Jahren geplant wird und die Bauzustandseinschätzungen der einzelnen Einrichtungen durch das Hochbauamt ausschlaggebend sind.

**Frau Sauermilch** schlägt vor, die Gesamtsumme der Mehrausgaben, welche durch die Fusion von Dessau und Roßlau entstanden ist, im Haushalt darzustellen.

**Frau Förster** bejaht, was den Bereich Hilfen zur Erziehung und die Einrichtungen betrifft.

**Frau Noack** fragt, wenn hier der geänderte Haushalt so beschlossen wird, wird doch auch die Aufhebung der Geschwisterermäßigung beschlossen?.

**Frau Förster** erklärt, dass im Moment nur über den Haushalt mit den entsprechenden Haushaltsansätzen beschlossen wird und nicht über die Aufhebung der Geschwisterermäßigung, d.h. da das Konsolidierungskonzept vom Stadtrat beschlossen wurde, wird zum Haushalt der Stand der Umsetzung der Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung jedes mal mitdiskutiert werden müssen.

**Frau Noack** wünscht, dass bei der Vorlage der Satz „Aufhebung der Geschwisterermäßigung“ gestrichen wird.

**Herr Geier** macht darauf aufmerksam, dass eine Streichung des Satzes nicht möglich ist, da durch Haushaltskonsolidierung eine Vorgabe des Stadtrates besteht, die wie zur Einrichtung „Baustein“ nur durch Beschluss des JHA zur Aufhebung vorgeschlagen werden kann.

**Frau Selle** ergänzt, die Konsolidierungsvorschläge die das Jugendamt betreffen, hier aufgelistet sind. Momentan befinden wir uns in der Abarbeitung dieser Vorschläge, wobei eine Umsetzung zur Schließung des „Bausteins“ nicht erfolgen soll. Die Aufhebung der Geschwisterermäßigung wird demnächst, mit der Vorlage der neuen Satzungen zum Beschluss kommen. Das Beschlussrecht hierzu liegt allerdings beim JHA. Diese Auflistung hier, ist kein Beschluss ist der gefasst werden muss. Es ist die Ausweisung der Maßnahmen welche zu diskutieren bzw. umzusetzen sind. Hier handelt es sich lediglich um einen Haushaltsentwurf zur Lesung und Diskussion.

**Herr Hoffmann** ergänzt, dass der Beschluss zur Geschwisterermäßigung nach wie vor seine Gültigkeit hat und wenn ein geltender Beschluss zu ändern ist, dann nur unter Beteiligung des JHA.

**Herr Trocha** stellt den Antrag, eine Informationsvorlage des JHA zum Haushalt für den Finanzausschuss einzubringen.

**Herr Geier** verdeutlicht, dass nur durch eine entsprechende Informations- oder Beschlussvorlage der Beschluss des JHA den anderen Ausschüssen bekannt gemacht

werden kann und niemand außer dem Stadtrat gegen diesen Beschluss intervenieren kann. Der JHA ist ein per Gesetz beschließender Ausschuss, es ist aber leider definitiv so, dass die Bedeutung dieses Ausschusses nicht anerkannt wird.

**Herr Trocha** zieht somit seinen Antrag zurück.

**Herr Hoffmann** bittet um Vorschläge über den weiteren Verfahrensweg und um eine entsprechende Beschlussfassung für den Stadtrat.

**Herr Geier** ergänzt, dass dem Stadtrat bekannt gemacht werden muss, dass ein vom Gesetz her beschließender Ausschuss sich festgelegt hat.

**Frau Förster** schlägt vor, im Rahmen des Anhörungsverfahrens, den Beschluss des JHA dem Stadtrat bekannt zu geben.

**Frau Noack** wünscht eine Änderung des Satzes „Für den Jugendhilfebereich sind folgende Konsolidierungsvorschläge umsetzen“ in „vorgesehen“.

**Herr Hoffmann** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wird mit der Umformulierung:

Der Unterausschuss empfiehlt den Jugendhilfeausschuss für den Haushalt 2008 den angemeldeten Ansatz des Jugendamtes, unter den genannten Änderungen „Weitere Projekte der Jugendarbeit 2008“, zu beschließen.

und der Änderung des Satzes „Für den Jugendhilfebereich sind folgende Konsolidierungsvorschläge vorgesehen“.

**Abstimmungsergebnis: 14/0/0**

**6.3. Änderung der Richtlinie zur Gewährung von einmaligen Beihilfen und**

**Zuschüssen**  
**Vorlage: DR/BV/291/2007/V-51**

**Frau Theune** teilt mit, dass die derzeit gültige Richtlinie erstmals vor ca. 10 Jahren beschlossen wurde.

Anlass der aktuellen Änderung ist die dramatische Haushaltssituation der Stadt Dessau-Roßlau und die damit verbundene Überprüfung der notwendigen Aufwendungen. Danach ist es nicht mehr gerechtfertigt, dass Leistungen ohne Antrag gewährt werden.

Mit dem Beschluss soll zeitnah zum einen ein wirkungsvoller Einsatz der verfügbaren Haushaltsmittel erreicht werden und zum anderen sollen die Bedarfe zielgerichteter befriedigt werden können.

Eine neue Richtlinie soll darüber hinaus erarbeitet werden, damit die Erfahrungen des Jugendamtes in der Anwendung der derzeit gültigen Richtlinie und neue Erkenntnisse der Jugendhilfe berücksichtigt werden können. So sollen z. B. die bisherige Ungleichbehandlung von Heimkindern und Pflegekindern aufgehoben werden bzw. Empfehlungen des Landesrechnungshofes einfließen.

Da keine weiteren Fragen anliegen, bittet **Herr Hoffmann** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: 14/0/0**

**7. Allgemeine Anfragen und Informationen der Mitglieder**

**Frau Ziska** bittet Frau Förster, sich zu erkundigen, ob die Betreuungserlaubnis zum Babysitten für die Roßlauer neu beantragt werden muss.

Da **Frau Förster** nicht bekannt ist, um welche Form der Betreuung es sich handelt, wird Frau Ziska sich nochmal bei Frau Förster melden.

**8. Allgemeine Informationen der Verwaltung**

**Frau Förster** informiert über:

- den ersten stattgefundenen Toleranzcup in Kooperation mit der Stiftung Evangelische Jugendhilfe e.V. und dem Landessportbund
- die Veranstaltung der Märchenjurte „Mit Siebenmeilenstiefeln um die Welt“ im Rahmen der Interkulturellen Woche vom 24.09.-28.09.2007
- die bis zum 9.11.07 stattfindende Wanderausstellung „anders? coll!“
- den Lokalen Aktionsplan, hierzu lagen zehn Projektanträge vor, sieben davon wurden bestätigt und befinden sich bereits in der Umsetzung



- die am 8./9.11.2007 im UCI-Kino stattfindenden Jugendfilmtage zum Thema „Nikotin, Alkohol und Alltagsdrogen im Visier“
- die Änderung des § 10 des Jugendschutzgesetzes (kein Tabakwarenverkauf an Jugendliche unter 18 Jahren)
- das stattgefundenene 100-jährige Jubiläum der Schule „An der Stadtmauer“
- den Übergang des Jugendklubs in der Heinz-Röttger-Straße in Bundesvermögen
- über die am 10.11.2007 stattgefundenene Jugendkonferenz
- das Angebot des Anhaltische Theaters, Freikarten für benachteiligte Kinder
- die Satzung des Jugendamtes muss aufgrund der Fusion Dessau-Roßlau aktualisiert werden und bittet die Mitglieder um eventuelle Informationen und Ergänzungen einzubringen.

**Herr Trocha** fragt nach der Informationsvorlage „Spielscheune“

**Frau Förster** teilt mit, dass der Hauptausschuss das Gutachten bereits in seiner Sitzung am 10.10.2007 beschlossen wurde.

## 9. Informationen zum Stand Übertragung der Kindereinrichtungen

**Frau Förster** informiert, dass wie bereits der Presse zu entnehmen war, Herr Wolfram zum Stand Übertragung der Kindereinrichtungen gegenüber der MZ ein Interview gegeben hat und diese hiermit nochmals bekräftigen möchte. Wie bereits bekannt, hat der JHA in der Sitzung am 28.09.2007 sich zur Trägersauswahl bekannt, auf dieser Grundlage wurden dann die Kuratorien informiert. Zur Entscheidung des JHA gab es zu zwei Trägern, seitens der Kuratorien aus den Einrichtungen „Spielhaus“ und Nesthäkchen“ Widerspruch. Auf dieser Grundlage hat die Verwaltung beschlossen, mit vier Trägern (Förderkreis Jugend, Umwelt und Landwirtschaft, Behindertenverband, Johanniter Unfallhilfe und Trägerwerk Soziale Dienste) weiterzuverhandeln. Die Zuständigkeit für das Personal, Finanzierung und die Grundstücksangelegenheiten wird im Haupt- und Personalausschuss gesehen, in diesem Zusammenhang ist dieser Ausschuss hinzugezogen worden, allerdings immer unter dem Aspekt der Rückkopplung mit dem JHA.

**Frau Noack** kritisiert dass der Träger „Zukunft für Kinder e.V.“ erst durch den Presseartikel über Nichtberücksichtigung informiert wurde.

**Herr Geier:** Es gibt einen Beschluss des JHA vom 28.09.2007, er bittet um Zusendung des Protokolls dieser Sitzung.

Zu dieser Sitzung wurde ein Beschluss gefasst. Wie kann es sein dass die Verwaltung, Beschlüsse eine politischen Gremiums des JHA, negiert oder aufhebt und dies Änderungen diesem Gremium per Presseartikel mitteilt? Was sehr unbefriedigend ist, dass

der JHA, als zuständiger Ausschuss, in Zukunft nur noch vom Hauptausschuss rückinformiert werden soll.

**Frau Förster** erläutert wiederholt den langwierigen bisherigen Prozess der Übertragung und merkt an, dass man weiterhin bemüht ist, eine schnelle Umsetzung durchzuführen, aber das ist nur im Rahmen der vorhandenen personellen Ressourcen möglich. Sie erinnert an den damaligen Übertragungsprozess von Einrichtungen, wo wesentlich mehr Zeit benötigt wurde. Jetzt handelt es sich immerhin um 18 Einrichtungen.

**Frau Noack** empfiehlt, über das Personalamt Amtshilfen einzuholen.

Im Jugendamt sind bereits etliche Amtshilfen tätig, aber auch diese Mitarbeiter benötigen eine gewisse Einarbeitungszeit erwidert **Frau Förster** daraufhin.

**Frau Wazda** und **Frau Haack** vom Verein „Zukunft für Kinder“ e.V. teilen auf Anfrage von Herrn Hoffmann ihr Unverständnis über den Übertragungsprozess mit und sind entsetzt über die vehemente Ablehnung durch das Elternkuratorium „Spielhaus“.

**Frau Weinert** vom Urbanistischen Bildungswerk e.V., schließt sich der Meinung an und ergänzt, vom Elternkuratorium selbst einen beleidigenden Brief eines Elternkuratoriums erhalten zu haben.

**Herr Hoffmann:** Fakt ist, reflektierend aus dem Interview aus der MZ, dass der Beschluss des JHA so nicht mehr gilt. Für Ihn stellt sich die Frage, wie weit gilt er überhaupt noch? Unabhängig der Elternmeinungen oder Voten, wurde hier seitens der Verwaltung der Beschluss eines Gremiums nicht zur Kenntnis genommen, bzw. einseitig in eine andere Richtung gebracht. Das ist äußerst kritikwürdig. Ebenso unverständlich ist, dass Elterninteressen wieder Akzeptanz finden, obwohl sie teilweise bei der Beschlussfassung des JHA nicht eindeutig den Vorrang hatten. Jede weitere Entwicklung und Entscheidung gehört auf den Tisch des JHA, diese Ignoranz seitens der Verwaltung kann so nicht akzeptiert werden! Sollte die Akzeptanz des JHA weiterhin ignoriert werden, werde ich eine Entscheidung treffen, ähnlich des ehemaligen Vorsitzenden des vorherigen JHA.

**Frau Noack** schlägt vor, dass aufgrund der zugespitzten Lage, die Verwaltung eine schriftliche Stellungnahme im nächsten JHA abgibt, wie sie mit den Reaktionen der Kuratorien umgeht.

**Herr Trocha** stellt den Antrag, Herrn Wolfram in der nächsten Sitzung anzuhören.

**Frau Schumann**, Leiterin einer Kindereinrichtung wirft ein, dass ein Gefühl unter den Mitarbeiterinnen herrscht, als ob man einen Maulkorb verpasst bekommt und nicht offen mit einem reden kann. Denn eigentlich sollten doch gerade die Mitarbeiter mehr informiert werden.

**Frau Förster** verwahrt sich gegen die Äußerung, dass die Mitarbeiter nicht informiert sind. Die Leiterinnen wurden, nach dem Beschluss des JHA und dem Rückzug des Trägers, in der Leiterinnenberatung darüber informiert.

Als Schlusswort bestätigt **Herr Hoffmann** die ungeschickte Formulierung der Kuratori-  
umschreibens und bittet alle Anwesenden um eine zukünftige korrekte Verfahrens- und  
Handlungsweise.

Dessau-Roßlau, 24.07.09

---

Vorsitzender Jugendhilfeausschuss

Schriftführer